

## ERKLÄRUNG

Afferde, 20.8.77

Die heute, am 20.8.1977, als Regionalkonferenz Niedersachsen versammelten Vertreter, Beobachter und Mitglieder von Bürgerinitiativen aus

Göttingen,

Hameln,

Hildesheim,

Hannover,

Bad Pyrmont,

Braunschweig,

Salzgitter,

sowie als Gäste ein Vertreter des Koordinationsausschusses der Bremer Bürgerinitiativen und ein Mitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz Hamburg, stellen fest:

1. Innenminister Groß befindet sich heute in Hameln um mit Mitgliedern von Bürgerinitiativen, wie es heißt "Gespräche" zu führen. Als Erfahrung aus der Anti-Atom-Bewegung können wir diese "Gespräche" nur als Geheimverhandlungen werten.  
Bewußt sollte die BI Hameln und das Anti-Atom-Dorf von der Teilnahme ausgeschlossen werden, um sie als "Kriminelle" abzustempeln. Auf Protest aller örtlicher Bürgerinitiativen wurde deren Teilnahme jedoch durchgesetzt. Keines der anwesenden BI-Mitgliedern hat dabei ein Mandat Verhandlungen zu führen. Die Stellung von Bundes- und Landesregierung ist uns zudem bekannt und es gibt nichts zu verhandeln. Wenn wir trotzdem zu Diskussionen bereit sind, so nur zu öffentlichen.
2. Ziel der Geheimmauschelerei kann es seitens der Landesregierung nur sein, dem entschiedenen, praktischen Widerstand im Weserbergland das Rückgrat zu brechen. Es wird versucht, die berechtigte Empörung gegen Atomanlagen in einen friedlichen und einen "kriminellen" Teil zu spalten.
3. Dieses Vorgehen der Landesregierung geht Hand in Hand, mit der Hetze, der Preussen-Elektra, Gewerkschaftsführer und der Presse. In der Deister- und Weserzeitung wurde heute eine "Beilage" veröffentlicht, die kaum vom redaktionellen Teil zu unterscheiden war. Vom Informationszentrum der Preussen-Elektra bezahlt, enthielt er Hetzartikel aus dem IG Bergbau und Energie-Organ "Einheit". Hier wurde erneut die Lüge aufgestellt, BI-Hameln, KBW und die RAF wären identische Organisationen. Dies ist eine offensichtliche Lüge. Allerdings kennt keine der örtlichen Bürgerinitiativen Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Nur gemeinsam wird unser Widerstand Erfolg haben.
4. Wir fordern die Teilnehmer auf, sich unmißverständlich von allen "Geheimverhandlungen" zu distanzieren, die sich in der Vergangenheit immer als schädlich und gegen die Einheit und das Ziel der Bewegung gegen Atomanlagen gerichtet haben.



5. Wir lehnen alle Geheimverhandlungen ab, und fordern die Landesregierung auf, öffentlich die Lügen gegen die Bürgerinitiative Hameln und das Anti-Atom-Dorf, sowie die Räumungsandrohung gegen das Anti-Atom-Dorf zurückzuziehen.

Unsere Forderungen sind nach wie vor:

KEINE ATOMANLAGEN IN BROHDE ODER ANDERSWO !  
KEINE RÄUMUNG DES ANTI-ATOM-DORFES !  
WEG MIT DEM ATOMENERGIEPROGRAMM !  
SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN !  
SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN DER POLIZEI !

Unser Widerstand ist gerecht und unteilbar, den

WO RECHT ZU UNRECHT WIRD -  
WIDERSTAND ZUR PFLICHT !!

Um eine möglichst breite Öffentlichkeit herzustellen, findet am Montag, den 22.8.77 eine öffentliche Pressekonferenz der Regionalkonferenz der niedersächsischen Bürgerinitiativen statt.

Die Pressekonferenz, die um 19.00 Uhr im Bahnhofo-restaurant in Hameln stattfindet, werden wir zu folgenden Fragen Stellungnehmen:

- 1) Ergebnisse der Regionalkonferenz,
- 2) Bericht über das Gespräch mit Innenminister Groß,
- 3) Stellungnahme zu Angriffen auf das Anti-Atom-Dorf und örtliche Initiativen (Presseberichterstattung, "Bürgerwehr" u.a.), sowie zur angekündigten Räumung des Anti-Atom-Dorfes.

Zu allen drei Punkten werden wir umfassende Informationen und Materialien vorlegen.

Diese Erklärung wurde von 35 Teilnehmern der Konferenz aus 15 Bürgerinitiativen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Herausgeber: Regionalkonferenz Niedersachsen der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen

V.i.S.d.P.: Siegfried Stephan, Neue Markstraße 27, Hameln